

19.06.2015

Die Mitte **CDU**



Liebe Freunde,

ein besonderer Schwerpunkt in dieser Woche war die Verlängerung dreier Bundeswehrmandate im Kosovo, in Mali und im Libanon. Sie zeigen erneut, wie sich Deutschlands Rolle seit der Wiedervereinigung gewandelt hat. Deutschland muss als viertgrößte Volkswirtschaft seinen Beitrag zur internationalen Sicherheit auch im eigenen Interesse leisten.

Ohne unsere Bundeswehr wäre dies nicht möglich. Hierfür danken wir unseren Soldatinnen und Soldaten, die ihre Aufgaben - häufig unter schwierigen Bedingungen - erfüllen, ohne dabei im Licht der Öffentlichkeit und Medien zu stehen.

Mit unserem weltweiten Engagement wollen wir auch erreichen, dass sich die Lage in den Operationsgebieten verbessert. Es muss unser Ziel sein, Konflikte und Krisen zu befrieden, um so die Situation der Menschen vor Ort zu verbessern, denn nach wie vor werden viel zu viele Menschen weltweit Opfer von Flucht und Vertreibung. Wir wollen aber nicht, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen, sondern dass sie eine Zukunft zu Hause haben.

Eine Botschaft, die wir uns auch anlässlich des Weltflüchtlingsstags am 20. Juni vor Augen führen sollten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Mehr Geld für Familien Abbau der Kalten Progression

Diese Woche war eine gute Woche für Familien und für Arbeitnehmer: Durch die gute Wirtschafts- und Finanzpolitik der unionsgeführten Bundesregierung sind wir in der Lage, Arbeitnehmer und Familien um über 5 Milliarden Euro steuerlich zu entlasten. All dies ist möglich, ohne an anderer Stelle die Steuern zu erhöhen oder neue Schulden zu machen. Wer nach einem Markenzeichen der Union sucht, wird es hier finden. Mit dem Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags beschließen wir einen weiteren Anstieg der verfügbaren Einkommen. Den Schwerpunkt Familie und Kinder unterstreichen wir, indem wir außerdem den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende anheben. Und auch eine weitere berechtigte Forderung der Union kann endlich umgesetzt werden: Mit diesem Gesetz bauen wir die kalte Progression ab 2016 ab. Die Regelungen im Detail: Der steuerliche Grundfreibetrag wird im Jahr 2015 um 118 auf 8.472 Euro und im Jahr 2016 um weitere 180 auf dann 8.652 Euro erhöht. Davon profitieren, wie vom Abbau der kalten Progression, alle Einkommensteuerzahler. Die „Steuerbremse“ greift durch Rechtsverschiebung der Tarifeckwerte um ca. 1,5 Prozent. Familien profitieren zudem von der Erhöhung der Kinderfreibeträge. Der verfassungsgemäß gebotene Kinderfreibetrag wird für 2015 um 144 Euro und für 2016 um weitere 96 Euro erhöht, um das Existenzminimum steuerfrei zu stellen. Darüber hinaus wird das Kindergeld in gleichem Verhältnis für 2015 um 4 Euro und 2016 um weitere 2 Euro pro Monat und Kind erhöht. Außerdem wird im kommenden Jahr der Kinderzuschlag um einen Betrag von 20 Euro auf dann 160 Euro monatlich angehoben. Auch der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wird 2015 um 600 Euro auf 1.908 Euro angehoben. Zudem wird er für jedes weitere im Haushalt lebende Kind um 240 Euro aufgestockt. Diese Beschlüsse passen sich in unsere familienfreundliche Politik ein.

„Jugend und Parlament“ im Bundestag

Vom 13. bis 16. Juni hatten 315 Jugendliche aus dem ganzen Bundesgebiet wieder die Möglichkeit, einmal in die Rolle eines Bundestagsabgeordneten zu schlüpfen und die Arbeit des Deutschen Bundestages aus nächster Nähe kennenzulernen: Bei der Veranstaltung „Jugend und Parlament“ werden bundesweit Jugendliche von Mitgliedern des Deutschen Bundestages nominiert, in einem Planspiel das parlamentarische Verfahren nachzustellen. Die Teilnehmer übernehmen für vier Tage die Rollen von Abgeordneten und werden vier Gesetzesinitiativen simulieren.

Aufgrund der begrenzten Teilnehmerzahl ist es nicht selbstverständlich, immer einen Teilnehmer vorschlagen zu dürfen. Ich freue mich deshalb sehr, dass ich in diesem Jahr mit Gerold Stabel aus Osterholz auch jemanden aus meinem Wahlkreis nominieren und zum Planspiel nach Berlin einladen konnte. Gerold hat über das Internet von der Möglichkeit erfahren, beim Planspiel mitzumachen und ist von sich aus auf mich zugekommen. Er ist einer der wenigen Teilnehmer des Planspiels, die ohne besonderen politischen Hintergrund, wie zum Beispiel durch Jugendorganisationen, nach Berlin gereist sind. Die Eigeninitiative, das Interesse und das Engagement von Gerold finde ich absolut lobenswert. Die Jugendlichen bekommen einen sehr realistischen Eindruck von der Parlamentsarbeit im Bundestag. Der Parlamentsalltag des Planspiels ist unserem Alltag sehr ähnlich: die Termine sind dicht getaktet, es müssen Wege zurückgelegt, die richtigen Räume gefunden und lösungsorientierte Debatten geführt werden – alles immer mit einem kritischen Blick auf die Uhr, damit der Zeitplan nicht gefährdet wird. Das ist schon beachtlich.

Zur Debatte standen Entwürfe zur Einführung chancengleicher Bewerbungen für die Behörden des Bundes, zur Schaffung eines Einwanderungsgesetzes, zur Verbesserung des Tierschutzes in der Landwirtschaft sowie zur Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit dem fiktiven Balkanstaat Illyrien. Die Jugendlichen im Alter von 16 bis 20 Jahren lernen dabei die Arbeit der Abgeordneten kennen – in Landesgruppen, Fraktionen, Arbeitsgruppen und Ausschüssen. Bei der abschließenden Debatte im Plenarsaal sind 48 Redner aus allen Spielfraktionen ans Pult getreten und haben versucht, Mehrheiten für ihre politischen Anliegen zu gewinnen. Vollbesetzte Besuchertribünen sorgten dabei für wirklichkeitsnahe Bedingungen.

Im Anschluss an die Simulation diskutierten die Teilnehmer mit den Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen, wie realitätsgetreu Jugend und Parlament die parlamentarische Arbeit abbildet.



Palliativmedizin und Versorgung mit Hospizplätzen

Die richtige Antwort auf die Angst vor einem qualvollen Tod ist der Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Angebot, damit alle Menschen dort, wo sie die letzte Phase des Lebens verbringen, ihre Lebensqualität verbessern und dabei umfassende Unterstützung finden können.

Insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen fehlt es heute noch an ausreichenden Angeboten. Diese „weißen Flecken“ wollen wir beseitigen. Deswegen werden wir die Hospizarbeit finanziell besser fördern. Und mit gezielten finanziellen Anreizen wird die ambulante Palliativversorgung gestärkt.

Besonders wichtig ist uns die Stärkung der Sterbebegleitung in den Pflegeeinrichtungen. Viele Menschen verbringen ihre letzten Lebensmonate dort. Um ihnen ein ihren Wünschen entsprechendes Angebot in der letzten Lebensphase zu ermöglichen, sollen Pflegeeinrichtungen stärker mit Hospizdiensten und Ärzten kooperieren.

Zudem soll es künftig einen Anspruch auf individuelle Beratung und Hilfestellung durch die Krankenkasse bei der Auswahl und Inanspruchnahme von Leistungen der Palliativ- und Hospizversorgung geben.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range